



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr (StVA/XVI/027/2014)

Sitzungstermin: Dienstag, den 22.07.2014
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:48 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hans Fricke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

Ausschussmitglieder

Herr Bonné Harms

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

Herr Jochen Kruse

Frau Ursel Nimmrich

Herr Michael Runden

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Christian Winkler

Ratsmitglieder

Herr Walter Düngemann

als Vertreter für Herrn Rebels

Herr Clemens Ressmann

als Vertreter für Herrn Schachner

beratende Mitglieder

Herr Eerke-Ivo Bruns

Herr Joachim Heemsoth

Herr Wilhelm Mohr

Herr Joachim Rediker

Polizei Leer

Bürgermeister

Herr Wolfgang Kellner

Verwaltung

Herr Carsten Schoch

Stadtbaurat

Herr Tobias Barthel

Herr Gerhard Krone

Herr Holger Möse

Verwaltung AÖR

Herr Claus-Peter Horst

Gäste

Herr Bernhard Bramlage

Landrat, TOP 1 n. ö. T.

Frau Jenny Daun

Kreisrätin, TOP 5 ö.T.

Frau Grabenhorst

ahrens & grabenhorst, TOP 1 n. ö. T.

Frau große Austing

Diekmann & Mosebach, TOP 5 ö.T.

Frau Weiler

Diekmann & Mosebach, TOP 6 ö.T.

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Ernst-Gerold Rebels

Herr Bruno Schachner

beratende Mitglieder

Frau Erika Spier

Vertreterin des Behindertenbeirates

stellv. ber. Mitglieder

Herr Erhard Dänekas

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 21.05.2014 (StVA/XVI/025/2014)
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 19.06.2014 (StVA/XVI/026/2014)
- 4 Verkehrsunfallgeschehen - Vortrag von Herrn Rediker zum Verkehrsunfallgeschehen 2013 in Leer
- 5 Ensemble Schloss Evenburg
- 5.1 77. Änderung des Flächennutzungsplanes (Ensemble Schloss Evenburg)
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) i.V.m. § 4 (1) BauGB
Vorlage: 2.61/XVI/0713/2014
- 5.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 9 (Ensemble Schloss Evenburg)
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) i.V.m. § 4 (1) BauGB
Vorlage: 2.61/XVI/0714/2014
- 6 Gewerbegebiet Benzstraße
- 6.1 73. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet westlich der Heisfelderstraße (B 70) und nördlich der BAB 31 (Gewerbegebiet Benzstraße)
 1. Erörterung und Beschluss zu den Stellungnahmen
 2. Zustimmung zum Entwurf mit Begründung und Umweltbericht, sowie AuslegungsbeschlussVorlage: 2.61/XVI/0719/2014
- 6.2 Bebauungsplan Nr. 205 für ein Gebiet westlich der Heisfelderstraße (B 70) und nördlich der BAB 31 (Gewerbegebiet Benzstraße)
 1. Erörterung und Beschluss zu den Stellungnahmen
 2. Zustimmung zum Entwurf mit Begründung und Umweltbericht, sowie AuslegungsbeschlussVorlage: 2.61/XVI/0720/2014
- 7 Telekom-Gelände
- 7.1 Bebauungsplan Nr. 189, 1. Änderung

(Telekom-Gelände)

- Aufstellungsbeschluss
- Zustimmung zum Entwurf mit Begründung
- Auslegungsbeschluss

Vorlage: 9.23/XVI/0723/2014

- 8 ZOB - Bericht zum Sachstand und Ausblick
- 9 Gutachterverfahren Denkmalplatz - Bericht über die Jurysitzung - mündlicher Bericht
- 10 Investitionsliste Straßenbau - mündlicher Bericht
- 11 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten
- 12 Informationen
- 13 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Herr Fricke stellte die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Foest bemängelte, dass zu dieser Sitzung zu viel Papier verschickt wurde und dies zu knapp vor der Sitzung. Es sei gut, alle Unterlagen zu erhalten. Allerdings seien diese teilweise von der Schriftgröße her zu klein und nicht gut zu lesen. Er regte an, den Beschlussvorschlag ausführlicher zu formulieren und zum Beispiel die Inhalte der Immissionsgutachten zusammenzufassen und einzuarbeiten. Hierdurch hätte die Politik Hinweise auf die für die Entscheidung wichtigen Punkte und könne so begründeter zu einer Entscheidung kommen. Als Beispiel nannte er die Kritik des Landkreises Leer an der weiteren Ausweisung von Gewerbeflächen, obwohl aus Sicht des Landkreises noch ausreichend Reserven vorhanden seien. Zudem gebe es drei Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Teil (Bildungscampus, Windenergie und Repowering), die durch die Behandlung in einem anderen Fachausschuss eine schlankere Struktur im StVA ermöglichen würden.

Herr Schoch gab einen Hinweis auf die Rechtslage. Es handele sich hier um den Beschluss zur Zwischenabwägung und daher müssten alle Unterlagen vollständig vorliegen. Er könne sich aber vorstellen, die vollständigen Unterlagen künftig nur noch an die Fraktionen zu senden. Diese müssten dann in den Fraktionssitzungen mit den Ausschussteilnehmern besprochen werden und offene Fragen könnten dann noch mit der Verwaltung geklärt werden. Das Gutachten zur Gewerbeflächenentwicklung sei zudem in die Begründung eingearbeitet. Er sagte eine gemeinsame Besprechung mit den beiden Ausschussvorsitzenden zu, um zu einer anderen Verteilung der Tagesordnungspunkte zu finden.

Herr Foest fand es richtig, alle Unterlagen zu bekommen, wenn dies denn rechtlich notwendig sei. Dann aber bitte mit ausreichender Zeit (14 Tage vor der Sitzung) für das Studium.

Herr Düngemann merkte an, dass die Versendung nur an die Fraktion bereits einmal versucht worden sei. Aufgrund der hierbei gemachten Erfahrungen sei man wieder davon abgegangen.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 21.05.2014 (StVA/XVI/025/2014)

Beschluss (10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 21.05.2014 (StVA/XVI/026/2014) wird genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 19.06.2014 (StVA/XVI/026/2014)

Da die Niederschrift noch nicht vorliegt, entfällt der Tagesordnungspunkt.

TOP 4 Verkehrsunfallgeschehen - Vortrag von Herrn Rediker zum Verkehrsunfallgeschehen 2013 in Leer

Herr Rediker erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation das Verkehrsunfallgeschehen des vergangenen Jahres.

Wichtig sei auch in der Zukunft, dass der Schwerpunkt der Kontrollen dort durchgeführt werde, wo sie zur Unfallverhütung wichtig und sinnvoll seien. Dies sei in erster Linie außerorts (insbesondere in Bereichen, wo 100 km/h gefahren werden dürfe), da hier unangepasste (überhöhte) Geschwindigkeit die Hauptunfallursache darstelle. Er erläuterte Beispiele mit Unfallhäufungen und die Art der Unfälle.

Im Bereich der B 70/ Hoheellernweg komme es im Bereich der Lichtsignalanlage (LSA) vermehrt zu Auffahrunfällen. Derzeit werde durch die Aufstellung des Verkehrszeichens 101 (Achtung Auffahrunfälle) versucht, dies zu vermeiden.

Im Bereich der Kreuzung B 70/Eisinghausener Straße habe es vermehrt Auffahrunfälle gegeben. Daher habe die Verkehrskommission sowohl die Markierungen als auch die Schaltzeiten der Lichtzeichenanlage geprüft. Hier waren keine Fehler ersichtlich. Die Ursache der Unfälle seien somit die Verkehrsteilnehmer.

An der Einmündung Strohhut/Heisfelder Straße komme es trotz der vorgenommenen Änderungen weiterhin zu Unfällen, allerdings ohne Personenschäden. Es gebe derzeit Gespräche über die mögliche Aufstellung einer LSA.

Herr Runden vermisste den Bummert, der trotz der vorherrschenden Unfallhäufigkeit nicht genannt worden sei.

Herr Rediker teilte mit, dass er diesen Bereich nicht mehr beleuchte, da die von ihm gemachten Vorschläge nicht umgesetzt würden.

Protokollnotiz: Die Folien des Vortrages werden in Session eingestellt.

TOP 5 Ensemble Schloss Evenburg

Herr Foest befand den geplanten Parkplatz für zu weit entfernt. Im Nutzungsfall müssten die Besucher ca. 800 m laufen. Da dies vielen zu weit sei, bestehe die Gefahr, dass der Kern von Loga zugeparkt werde.

Frau große Austing erläuterte, dass es sich um einen Bedarfsparkplatz handele, der nur bei größeren Veranstaltungen genutzt würde. Für den normalen Betrieb sei der Parkplatz bei der Vorburg ausreichend. Die Nutzung des Bedarfsparkplatzes sei so vorgesehen, dass die Busfahrer die Fahrgäste an der Vorburg aussteigen ließen und die Busse dann auf dem Bedarfsparkplatz abgestellt würden. Der Rückweg zum Bus sei den Besuchern zumutbar und doch auch ganz schön.

Herr Foest hinterfragte die Zulässigkeit der Hochsitze im Hammrich. Er halte diese nicht für sinnvoll und auch den Bürgern gegenüber für schlecht erklärbar.

Frau große Austing erklärte, dass Hochsitze nicht geplant seien. Nur in den als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesenen Bereichen (hellgrün) seien grundsätzlich landwirtschaftliche Gebäude zulässig. Im vorliegenden Fall seien hier extra keine privilegierten Vorhaben zulässig. Ausnahme seien lediglich Hochsitze und Ergänzungsbauten zum Bestand.

Herr Foest sprach die als „SO3“ ausgewiesene „Betriebshoffläche“ an. Diese habe früher zum Ensemble gehört und er wüsste gerne, ob es Gespräche mit den „Paddel und Pedal-Betreibern“ und den Pfadfindern gegeben habe.

Frau große Austing betonte, dass keine Umnutzung der Gebäude geplant sei. Da sich die Fläche nun aber erstmals im Bebauungsplan befinde, sei auch erstmals die Möglichkeit auf eine Umnutzung gegeben. Diese Chance solle genutzt werden, um die Fläche u.a. für einen Betriebshof vorzusehen.

Herr Foest fragte nach dem Anbau der Vorburg. Der westliche Teil solle wohl eine Firsthöhe von 9,5 m erhalten. Es sei in den Vorüberlegungen davon gesprochen worden, dass sich die Firsthöhen an den ursprünglich vorhandenen (historischen Höhen) orientieren sollten. Diese seien aber wohl doch nicht so hoch gewesen. Zudem bat er um Erläuterung, ob dies nur für den neuen Teil oder nur für den westlichen Teil gelte.

Frau große Austing versicherte, dass sowohl beim Landkreis als auch im Architekten-Wettbewerb hierzu dezidiert nachgedacht worden sei. Es werde keine Gebäude geben, die sich nicht einfügten. Die vorgesehene Höhe entspreche den früher vorhandenen Höhen.

Herr Foest kam auf die Jäger zurück. Er habe die Erfahrung gemacht, was diese dürften, dass täten sie auch. Aus diesem Grunde plädiere er für die Streichung der Zulässigkeit der Hochsitze.

Frau Daun erläuterte, dass Hochsitze derzeit nicht genehmigungspflichtig seien. Zukünftig werde sich das ändern und dann werde bereits der Versatz der vorhandenen Hochsitze problematisch.

Herr Fricke fragte, ob Herr Foest den Einzelantrag stellen möchte, was dieser bejahete.

Herr Fricke ließ darüber abstimmen, ob die Ausnahme der Zulässigkeit für Hochsitze gestrichen werden solle.

Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Herr Fricke ließ dann über die Vorlagen abstimmen.

- TOP 5.1 77. Änderung des Flächennutzungsplanes (Ensemble Schloss Evenburg)**
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) i.V.m. § 4 (1) BauGB
Vorlage: 2.61/XVI/0713/2014

Beschluss (einstimmig):

1. Dem Vorentwurf der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes (Anlage 1, 2 und 3 der Sitzungsvorlage) wird zugestimmt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) i.V.m. § 4 (1) BauGB für die 77. Änderung des Flächennutzungsplanes soll durchgeführt werden.

- TOP 5.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 9 (Ensemble Schloss Evenburg)**
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) i.V.m. § 4 (1) BauGB
Vorlage: 2.61/XVI/0714/2014

Beschluss (einstimmig):

1. Dem Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 9 für das Ensemble Schloss Evenburg (Anlage 1, 2 und 3 der Sitzungsvorlage) wird zugestimmt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) i.V.m. § 4 (1) BauGB für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 9 soll durchgeführt werden.

TOP 6 Gewerbegebiet Benzstraße

Herr Kellner teilte mit, dass das neue Gewerbegebiet keine Konkurrenz zum Gebiet „Leer-Nord“ darstelle. „Leer-Nord“ sei vor allem für die Industrieansiedlung vorgesehen. Zudem gehöre „Leer-Nord“ hälftig der Stadt Leer und nicht nur dem Landkreis. Im Bereich Benzstraße liege derzeit ein konkreter Ansiedlungswunsch vor, den er im nicht öffentlichen Teil näher erläutern werde.

Herr Hemsoth fragte nach der Bodenbeschaffenheit, da die bisherige Vermarktung ja eher ein „plus minus Geschäft“ gewesen sei.

Herr Kellner erläuterte, dass der Boden immer besser werde und teilweise sogar eine Bebauung ohne aufwändige Gründung möglich sein werde.

Herr Foest bat um eine Erläuterung zum Quarzsandabbau und möglichen Überschneidungen in den Raumordnungsprogrammen.

Frau Weiler verneinte eine Kollisionen mit den Raumordnungsprogrammen. Die im Regionalen Raumordnungsprogramm enthaltene kleine Teilfläche (mit Hinweis auf den Vorrang zur Rohstoffgewinnung) sei dort nicht ausgewiesen. Im Landes-Raumordnungsprogramm liege die Fläche sogar gänzlich außerhalb des jetzigen Plangebietes.

TOP 6.1 73. Änderung des Flächennutzungsplanes für ein Gebiet westlich der Heisfelderstraße (B 70) und nördlich der BAB 31 (Gewerbegebiet Benzstraße)

- 1. Erörterung und Beschluss zu den Stellungnahmen**
 - 2. Zustimmung zum Entwurf mit Begründung und Umweltbericht, sowie Auslegungsbeschluss**
- Vorlage: 2.61/XVI/0719/2014**

Beschluss (einstimmig):

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den vorgebrachten Anregungen gemäß Tabelle (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) und dem Entwurf der 73. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung, Umweltbericht, Geruchsimmissionsgutachten, Schallimmissionsgutachten in der vorliegenden Form (Anlagen 3 bis 6 der Sitzungsvorlage) wird zugestimmt.
2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (2) BauGB bzw. § 4 (2) BauGB soll durchgeführt werden.

TOP 6.2 Bebauungsplan Nr. 205 für ein Gebiet westlich der Heisfelderstraße (B 70) und nördlich der BAB 31 (Gewerbegebiet Benzstraße)

- 1. Erörterung und Beschluss zu den Stellungnahmen**
 - 2. Zustimmung zum Entwurf mit Begründung und Umweltbericht, sowie Auslegungsbeschluss**
- Vorlage: 2.61/XVI/0720/2014**

Beschluss (einstimmig):

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den vorgebrachten Anregungen gemäß Tabelle (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) und dem Entwurf des Bebauungsplanes 205 mit Begründung, Umweltbericht, Geruchsimmissionsgutachten und Schallimmissionsgutachten in der vorliegenden Form (Anlagen 3 bis 6 der Sitzungsvorlage) wird zugestimmt.
2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (2) BauGB bzw. § 4 (2) BauGB soll durchgeführt werden.

TOP 7 Telekom-Gelände

Herr Kellner betonte, dass Gelände solle nach dem Kauf und einer Zwischennutzung nunmehr einer Vermarktung und endgültigen Nutzung zugeführt werden. Hierzu sei das vorliegende Verfahren zwingend erforderlich. Er führte weiter aus, dass Interessenten vorhanden seien, auf die er im nicht öffentlichen Teil näher eingehen werde. Er bat darum, die Planung mitzutragen und wies darauf hin, dass Änderungen im Verfahren immer noch möglich seien.

Frau Nimmrich wollte gerne wissen, warum es keine Bürgerbeteiligung gebe und woher die Eile käme.

Herr Kellner erläuterte, dass hier nur ein normaler Beschluss gefasst werden solle. Dieser sei für die vorgesehene Vermarktung und vor dem Ende der Sanierungsbindung (Ende 2015) jetzt notwendig.

Herr Schmidt fand die Ausweisung als Gewerbegebiet aufgrund der Nähe zum Stadtkern und der auf der anderen Seite vorhandenen Industrie richtig. Er wollte noch wissen, ob auch eine Nutzung zum Wohnen zulässig sei.

Herr Kellner verneinte dies und wies auf die vergleichbare Konstellation auf der Nesse hin.

Frau Nimmrich hinterfragte die festgesetzten Höhen. Zum Wasser hin seien 12 m und im hinteren Bereich 18 m zulässig.

Herr Foest erinnerte ergänzend daran, dass aus dem früher geplanten Hotel mittlerweile Mietwohnungen geworden seien, deren jetzige Höhe mit der Höhe der Stadtvillen begründet worden sei. Nachdem das Hotel nunmehr nicht realisiert werde, solle jetzt doppelt so hoch wie vorher gebaut werden dürfen. Er halte die Erhöhung von 12 m auf 18 m nicht für richtig. Diese Gebäudehöhe füge sich nicht in die Umgebung ein und gehe deutlich über die Höhe der vorhandenen Bäume hinaus. Die Planung sei städtebaulich weder schlüssig noch verträglich.

Herr Kellner erwiderte, dass es hier vorrangig um eine gute Ausnutzung innenstadtnaher Flächen gehe. Es sei bei den Festsetzungen eine Orientierung am Industriehafen vorgenommen worden. Ebenso orientiere sich die Höhe am Gebäude der Polizei und die Höhe des „Büerturmes“ betrage sogar 26 m. Insofern passe sich das Vorhaben durchaus ein. Wie es dann genau aussehe könne, werde sich im weiteren Verfahren zeigen.

**TOP 7.1 Bebauungsplan Nr. 189, 1. Änderung
(Telekom-Gelände)
- Aufstellungsbeschluss
- Zustimmung zum Entwurf mit Begründung
- Auslegungsbeschluss
Vorlage: 9.23/XVI/0723/2014**

Beschluss (8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen):

1. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 189 ist durchzuführen.
2. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 189, 1. Änderung, nebst Begründung und schalltechnischem Gutachten in der vorliegenden Form (Anlagen 3-5) wird zugestimmt.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 (2) BauGB bzw. § 4 (2) BauGB sollen durchgeführt werden.

TOP 8 ZOB - Bericht zum Sachstand und Ausblick

Herr Schoch erläuterte, dass es nach der Prüfung der Planung (im Rahmen des Förderprogrammes) eine Reduzierung des Förderbetrages von 1,87 Mio. auf 1,65 Mio. gegeben habe. Unter anderem sei das geplante große Dach für die Mittelinsel des ZOB nicht umsetzbar. Es werde daher nunmehr über getrennte Wetterschutzmöglichkeiten für die einzelnen Stationen nachgedacht. Das geplante neue Infogebäude werde entfallen und das bisherige am Dönerimbiss bleiben. Möglicherweise werde es möglich sein, im nördlichen Bereich die Kosten der Taxistände einzusparen. Auch die Radstation wird statt der geplanten 400 Plätze nur 380 Plätze erhalten können. Es gebe vieles nachzuarbeiten und zu überdenken. Dies gelte auch für die Oberflächenbefestigungen. Hier sei eine Abwägung der ingenieurtechnischen mit der gestaltungstechnischen Seite vorzunehmen. Aus diesem Grunde werde sich das neue Büro insbesondere mit der Eingangssituation beschäftigen. Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft wird sich das Büro Lindschulte mit der technischen Planung und das Büro NWP mit den gestalterischen Fragen beschäftigen. Die geplanten P+R – Parkplätze zwischen Zollhaus und Post seien umsetzbar und förderfähig.

Herr Düngemann erkundigte sich nach dem Baubeginn.

Herr Schoch war der Ansicht, dass mit dem Beginn im nächsten Jahr zu rechnen sei.

Herr Foest fragte nach, ob die alten Pläne erhalten blieben.

Herr Schoch erläuterte, dass der Grundentwurf bleibe, aber sowohl in technischer Hinsicht als auch in der Gestaltung der Eingangssituation überarbeitet werden müsse. Es sei bisher eine Antragsplanung gewesen. Nunmehr müsse es eine neue umzusetzende Planung geben und zudem noch um Regionalisierungsmittel gekämpft werden.

TOP 9 Gutachterverfahren Denkmalplatz - Bericht über die Jurysitzung - mündlicher Bericht

Herr Schoch gab nähere Erläuterungen zu den einzelnen Entwürfen.

Herr Kellner teilte mit, dass alle Entwürfe der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollten. Gedacht sei hier u.a. an die Tourismuszentrale.

Herr Foest fragte nach, ob der Kandelaber wieder aufstellt werde.

Herr Kellner erläuterte, dass dies zwar thematisiert worden sei, aber noch nicht alle Details abschließend geprüft seien.

Herr Heinrichsdorff schlug vor, die Entwürfe in das Ratsinformationssystem zu stellen.

Herr Schoch bot an, die Entwürfe ins Internet stellen zu lassen. Weitergehend erläuterte er, dass der originale Kandelaber nicht mehr vorhanden sei, wohl aber das Geld der Versicherung. Eine Entscheidung über die Verwendung solle dann später getroffen werden.

Protokollnotiz: Die Unterlagen sind im historischen Rathaus aufgehängt worden und zusätzlich auch auf der Internetseite der Stadt einsehbar.

TOP 10 Investitionsliste Straßenbau - mündlicher Bericht

Herr Schoch erläuterte, dass die Liste für die Haushaltsberatungen zusammen getragen worden sei. Es handele sich vor allem um eine Aufzählung der noch fertig zu stellenden Anlagen, u.a. die Gewerbegebiete. Nachfolgend wies er darauf hin, dass der Fachbereich auch mit der neuen Mitarbeiterin im Tiefbau bis ungefähr 2018 ausgelastet sei. Zusätzlich gab er einen Hinweis darauf, dass es ein gemeinsames Straßenkataster mit den Stadtwerken geben werde. Die Stadtwerke hätten derzeit 42 Straßen, die zum Ausbau anstünden. Auch diese kämen u.a. wegen der beitragsrechtlichen Abwicklung auf die Stadt zu. Zudem seien bereits viele Straßen am Ende ihrer Lebenszeit. Die Stadtwerke und die Stadt werden diese Liste erstellen und den Gremien des Rates zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

TOP 11 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Ein Einwohner bat um Erläuterung, wie denn die Juryentscheidung zum Denkmalplatz genau zu verstehen sei. Die Jury habe ja einen Entwurf favorisiert. Es hätten sich viele Bürger mit dem Thema beschäftigt und sollten daher auch in das weitere Verfahren mit einbezogen werden.

Herr Fricke erklärte, dass in der Jury zwei Bürgervertreter gesessen hätten.

Herr Kellner erläuterte das beschlossene Verfahren. Die Jury setzte sich aus Vertretern der Politik, der Anlieger, Fachpreisrichtern und Bürgern zusammen und bestand insgesamt aus 19 Mitgliedern. Diese hätten sich für einen Entwurf entschieden, der nunmehr in den zuständigen Gremien weiterberaten werde. Die Ergebnisse des Verfahrens würden dann dem (zukünftigen) Planungsbüro zur Verfügung und Beachtung übergeben. Das Zeitfenster für den Beginn sollte mit der Maßnahme der Sparkasse

abgestimmt sein. Dies vermeide, dass die Baumaßnahme der Sparkasse fertig sei und erst dann mit dem Denkmalplatz begonnen werde.

TOP 12 Informationen

12.1 Tunnel Bremer Straße

Herr Kellner informierte über eine Presseerklärung der DB zum Tunnel an der Bremer Straße. Aus bahntechnischer Sicht handele es sich um eine Eisenbahnüberführung (nicht um einen Fußgängertunnel) und müsse auch so behandelt werden. Grundsätzlich bestehe aber Einigkeit mit der Bahn über einen Neubau. Die Details würden derzeit ausgehandelt und voraussichtlich im Spätsommer der Politik zur Entscheidung vorgelegt. Eine Kostenschätzung könne erst erfolgen, wenn es mit der Bahn eine Vereinbarung gebe und ein gemeinsam bestimmtes Ingenieurbüro bestimmt sei. Dieses könne dann anhand der Vorgaben einen Kostenrahmen errechnen.

12.2 Stellplatzanlage Haneburg

Herr Schoch teilte mit, dass es eine Bauanfrage zu einer Stellplatzanlage in einer Größe von ca. 200 m² gebe. Planungsrechtlich handele es sich bei der Fläche um Grünfläche und er sehe derzeit keine Möglichkeit für eine positive Bescheidung. Zudem müssten noch der Denkmalschutz beteiligt und der Schallschutz zur vorhandenen Wohnbebauung geprüft werden. Er werde entsprechend berichten.

TOP 13 Anfragen

Grundstückssuche Firma Thomas Phillips

Herr Schmidt bemängelte, dass er über die Suche der Firma Thomas Phillips nach einer Ersatzfläche und den mit der Stadt geführten Gespräche aus Presse erfahren habe. Zudem habe er gehört, dass auch ein IT-Unternehmen Interesse an einer Fläche im Gewerbegebiet habe. Er bat darum, die Politik mit einzubeziehen, damit diese mitdiskutieren könne. Hierzu wären Infos und Vorlagen erforderlich, machbar und sinnvoll.

Herr Kellner erwiderte, er werde hierzu im nichtöffentlichen Teil nähere Erläuterungen geben.

Herr Fricke beendete den öffentlichen Teil um 18:13 Uhr.

gez. Hans Fricke

gez. Wolfgang Kellner

gez.

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:
Protokollführer/in